

## Ergebnisprotokoll

<b>16. Sitzung IT Planungsrat</b>		
<u>Datum:</u> 18. März 2015	<u>Ort:</u> Hannover, Radisson Blu Hotel	<u>Uhrzeit:</u> 10:00 Uhr bis 12:50 Uhr
<u>Leitung:</u> [REDACTED]	<u>Sitzungsunterlagen:</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>Finale Tagesordnung</li> <li>Teilnehmerliste</li> <li>Präsentation zu Top 2 [REDACTED]</li> <li>Präsentation zu Top 3 [REDACTED]</li> </ul>	

<b>Kategorie A:</b>	<b>Einführung</b>
---------------------	-------------------

<b>Top 1</b>	<b>Begrüßung und Tagesordnung</b>
--------------	-----------------------------------

Der Vorsitzende des IT-Planungsrats, [REDACTED] begrüßt die Mitglieder des IT-Planungsrats zur 16. Sitzung. Besonders begrüßt er [REDACTED] der erstmals [REDACTED] an einer Sitzung des IT-Planungsrats teilnimmt.

Einleitend kündigt der Vorsitzende an, in diesem Jahr zwei neue organisatorische Elemente zu erproben: Zum einen werden die Sitzungs-Vorabende als Kaminrunden mit Gelegenheit für fachliche und informelle Gespräche ausgestaltet. Dies habe sich bereits beim Vorabend der laufenden Sitzung bewährt. Zum anderen solle eine vertiefte Schwerpunktsetzung in jeder Sitzung das Profil des IT-Planungsrats weiter schärfen.

Schwerpunkt der 16. Sitzung soll das Thema „Online-Transaktionen“ sein. Ziel sei die Steigerung der Akzeptanz für E-Government-Angebote. Der Vorsitzende stellt hierzu [REDACTED] als Gastvortragenden vor.

Ein weiteres, bedeutsames Thema der Sitzung sei die IT-Sicherheit. Der Vorsitzende dankt [REDACTED] für ihre Arbeit im Vorsitz des vergangenen Jahres gerade auch in diesem Bereich und begrüßt [REDACTED]. Dieser wird im weiteren Verlauf über aktuelle Entwicklungen in der IT-Sicherheit informieren. Der Vorsitzende lädt dazu ein, im Anschluss an die Sitzung die Live-Präsentation „Die Hacker kommen“ zu verfolgen.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit wird der vorgelegte Entwurf des Ergebnisprotokolls der 15. Sitzung mit den hierzu vorab eingebrachten Änderungen bestätigt.



[REDACTED] betont, dass der offensichtliche Nutzen für Bürgerinnen und Bürger und die einfache Verständlichkeit der Verfahren entscheidend für eine gute Akzeptanz seien.

[REDACTED] plädiert für eine konsequent an den in Deutschland relevanten Bedürfnissen orientierte Vorgehensweise.

Der Vorsitzende adressiert mündlich den Auftrag an die Arbeitsgruppe „Attraktivität des E-Government“, relevante Studien der Länder und des Bundes zu beachten. Die erste Sitzung der Arbeitsgruppe wird voraussichtlich am 7. Mai 2015 in Berlin stattfinden. Der Vorsitzende betont, dass die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe offen ist und alle, insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter des Datenschutzes, eingeladen sind, sich zu beteiligen.

### Beschluss 2015/01

1. Der IT-Planungsrat richtet eine offene Arbeitsgruppe „Attraktivität des E-Government“ unter Federführung von Berlin ein, zu der insbesondere Vertretungen der kommunalen Ebene zur Mitarbeit eingeladen sind.
2. Die Arbeitsgruppe soll die wesentlichen Gründe für die niedrige Akzeptanz von E-Government-Leistungen der deutschen Verwaltung aus den zahlreichen Umfragen und Studien benennen und praktikable Vorschläge zur Änderung vorlegen.
3. Die Arbeitsgruppe soll - aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen - politisch attraktive Kernvorhaben für den IT-Planungsrat identifizieren.
4. Die Arbeitsgruppe berichtet dem IT-Planungsrat zu seiner 18. Sitzung sowie im Vorfeld der Kooperationsgruppe Strategie.

#### Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

#### Kategorie C:

#### Informationssicherheit

#### Top 3

#### Bericht zur Cyber-Sicherheitslage

[REDACTED] gibt das Wort an [REDACTED] der den inzwischen auch gesetzlich vorgesehenen jährlichen Bericht des BSI zur IT-Sicherheitslage vorstellt. Im Fazit hebt er eine gegenseitige Unterstützung von Ländern

und BSI als besonders wichtigen Aspekt zur Verbesserung der IT-Sicherheit für die öffentliche Verwaltung hervor.

regt an, Meldungen zur Informationssicherheit künftig über die Arbeitsgruppe InfoSic zu verbreiten. Bei dem derzeitigen Verfahren sei nicht ausreichend sichergestellt, dass die Informationen ohne Verzögerungen bei den zuständigen Stellen in den Ländern ankämen. Herr Könen erklärt dazu, dass die bisherige Kommunikation über den CERT-Verbund besonders praktikabel sei, die Arbeitsgruppe InfoSic aber auch künftig mit eingebunden werde.

hebt hervor, dass auch die Datenschützer stets zu enger Zusammenarbeit mit dem BSI bereit seien.

<b>Top 4</b>	<b>Bericht aus dem Cyber-Sicherheitsrat</b>
--------------	---

berichtet als Vorsitzende des Cyber-Sicherheitsrats über dessen Organisation und Aufgaben. Der Rat sei ein Kernelement der Cyber-Sicherheitsstrategie der Bundesregierung. Mitglieder sind neben Vertretungen der zuständigen Bundesressorts unter anderem auch ein Vertreter der IMK sowie hochrangige Repräsentanten relevanter Wirtschaftsunternehmen. Der IT-Planungsrat wird durch in Cyber-Sicherheitsrat vertreten.

Das Gremium tagt dreimal jährlich, darüber hinaus gab es 2013 eine Sondersitzung zu den „Snowden-Enthüllungen“. Die nächste Sitzung findet im Mai 2015 statt. Zu den bisher behandelten Themen zählen beispielsweise die Cyber-Außenpolitik, die Sensibilisierung der politischen Ebene für Technologiethemen und die Abstimmung in politisch-strategischen Fragen.

berichtet über die im Protokoll der letzten Sitzung des Cyber-Sicherheitsrates vom 27. November 2014 festgehaltenen Schwerpunkte. Derzeit werde vor allem das geplante IT-Sicherheitsgesetz diskutiert. Wichtige Themen seien auch die Berichte des BSI sowie die Entwicklung der künftigen NIS-Richtlinie. Durchaus strittig werde zum Thema „Trusted Computing“ diskutiert. Speziell das Abweichen von der üblichen Vorgehensweise bei der Implementierung von ISO-Standards zur Beschleunigung des Verfahrens werde dabei erörtert. In diesem Fall würde die Gefahr einer Monopol-Bildung befürchtet. plädiert für die Einhaltung des üblichen Verfahrens. Ein weiterer Handlungsschwerpunkt sei die IT-Sicherheit für Bürgerinnen und Bürger. Viele Initiativen bestünden bereits, hier gilt es Überschneidungen zu vermeiden, um deren Wirksamkeit zu verbessern.

<b>Top 7</b>	<b>Informationssicherheit in den Kommunen</b>
--------------	---

stellt den Leitfaden des Deutschen Landkreistages vor, welcher ergänzend zu weiteren Bemühungen stehe. Seiner Ansicht nach müsse der BSI-Grundschutz für eine Anwendung in Kommunen kompatibel sein. Daher sei es Wunsch der Kommunen, bereits jetzt in die Fortschreibung des Grundschutzes eingebunden zu werden.

erklärt zustimmend, dass die Umsetzung der Leitlinie InfoSic gerade Kommunen vor besondere Herausforderungen stelle. Hier sei der pragmati-

sche Zugang der Leitlinie besonders hilfreich. Er betont die Praktikabilität der an der BSI-Grundschutzmethodik orientierten Handreichung „Informations-Sicherheitsmanagement System in 12 Schritten“ für Kommunen.

erläutert, dass drei rheinland-pfälzische Kommunen die entwickelte Vorgehensweise erproben werden. Sie schlägt allerdings vor, die bisher genutzte Abkürzung (ISIS 12) aufgrund der negativen Assoziationen zu terroristischen Organisationen nicht mehr verwenden. Dies stößt bei den Anwesenden auf breite Zustimmung.

bestätigt, dass die Leitlinie eine sinnvolle Ergänzung zum BSI-Grundschutz sei. Für das BSI sei es besonders wichtig, dass die Inhalte kostenfrei zur Verfügung stünden, um alle Interessengruppen erreichen zu können.

schließt sich dem Beschlussvorschlag an und bringt folgende Protokollnotiz ein.

#### Protokollnotiz Sachsen:

Empfehlungen für methodische Ansätze bzw. Werkzeuge zur Verbesserung der Informationssicherheit im kommunalen Bereich sollen künftig so vorgelegt werden, dass eine spezifische Eignung für einen bestimmten Einsatzzweck und bestimmte kommunale Zielgruppen (Typ, Größenklasse) erkennbar wird, um Kommunen die Prüfung der Empfehlungen hinsichtlich Anwendbarkeit und Zweckmäßigkeit zu erleichtern.

#### **Beschluss 2015/05**

1. Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe Informationssicherheit und der kommunalen Spitzenverbände zur Kenntnis.
2. Er hält die „Handreichung zur Ausgestaltung der Informationssicherheitsleitlinie in Kommunalverwaltungen“ insbesondere in der Orientierungs- und Einstiegsphase der Entwicklung und Gestaltung von Informationssicherheitsleitlinien sowie für Aufbau und Betrieb kommunaler Informationssicherheits-Managementsysteme für geeignet und empfiehlt den Kommunalverwaltungen deren Anwendung.
3. Er stellt fest, dass entsprechend der „Handreichung zur Ausgestaltung der Informationssicherheitsleitlinie in Kommunalverwaltungen“ für kleine und mittelgroße Kommunen mit dem Leitfaden „Informations-Sicherheits-Management-System in 12 Schritten“ ein pragmatisches und skalierbares Vorgehensmodell zur Einführung eines Informations-Sicherheits-Management-Systems zur Verfügung steht, das die entsprechenden Mindestanforderungen des IT-Planungsrats abdeckt.

#### Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

**Top 8**
**Sichere Mobilkommunikation**

[REDACTED] informiert über die Arbeit der Arbeitsgruppe InfoSic und die Ergebnisse einer Abfrage zum Bedarf an sicheren mobilen Endgeräten. Aufgrund der geringen Bedarfsmeldungen der Länder im Vergleich zum Bund sei eine Öffnung der Bundes-Rahmenverträge für die Länder sinnvoller als eine koordinierte Beschaffung. Der SNS-Standard des BSI (SNS: Sichere Netz-übergreifende Sprachkommunikation) sei bereits eine gute Grundlage für einen Länder-übergreifenden Standard. Jedoch müsse der Standard noch an eine föderale Nutzung angepasst werden, u. a. durch Überarbeitung des derzeit beim Bund befindlichen Entscheidungsrechts zur Nutzung und durch Klärung der Zugriffsfrage auf zentrale bzw. dezentrale Server.

[REDACTED] erklärt, Ziel sei es, Länder und Kommunen profitieren zu lassen und weist auf unten stehende Protokollnotiz Mecklenburg-Vorpommerns hin.

[REDACTED] vermutet die Ursache für die großen Bedarfsunterschiede zwischen Bund und Ländern bei mangelnder Sensibilisierung. Sie wirbt für mehr Aufmerksamkeit in Bezug auf sichere Mobilkommunikation und IT-Sicherheitsfragen.

Protokollnotiz Mecklenburg-Vorpommern:

Mecklenburg-Vorpommern bittet den Bund, bei der Etablierung und dem Einsatz von sicheren mobilen Lösungen für die Sprachnachrichten darauf hinzuwirken, dass ggfls. erforderliche zentrale Infrastrukturkomponenten für Länder und Kommunen zur Mitnutzung bereitgestellt werden.

**Beschluss 2015/06**

1. Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe Informationssicherheit zur Kenntnis.
2. Der IT-Planungsrat bittet den Bund, eine Öffnung künftiger Rahmenverträge zur Beschaffung sicherer mobiler Lösungen für die Länder und Kommunen zu prüfen und dem IT-Planungsrat über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.
3. Der IT-Planungsrat bittet den Bund unter Beteiligung der Arbeitsgruppe Informationssicherheit, eine Fortschreibung des SNS-Standards hinsichtlich einer weiteren Ertüchtigung für den Bund/Länder-übergreifenden Einsatz zu prüfen und dem IT-Planungsrat über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

**Top 10**
**Standard-Datenschutz-Modell**

[REDACTED] berichtet [REDACTED] über das dort erarbeitete Standard-Datenschutz-Modell, das im aktuellen Stand als Sitzungsunterlage vorliegt. Ziel des Modells sei, ein systematisches Vorgehen bei der Identifizierung und Umsetzung von Datenschutzmaßnahmen zu vermitteln. Der Entwurf soll in der Datenschutzkonferenz im Sommer gebilligt und anschließend dem ITPlanungsrat in seiner Herbstsitzung 2015 erneut vorgelegt werden. Dann könne über eine mögliche Empfehlung durch den IT-Planungsrat entschieden werden.

**Kategorie D:**
**Maßnahmen des IT-Planungsrats**
**Top 14**
**Projektvorhaben „Unterschrift unterwegs“**

[REDACTED] berichtet zum Projektvorhaben und weist auf die gestiegene Nachfrage nach mobilen eID-Lösungen hin. Die EIDAS-Verordnung eröffne neue Chancen, die es zu nutzen gelte.

Voraussetzung für das Vorhaben sei eine geeignete Hardware der Mobiltelefone (NFC-Schnittstelle) sowie die Klärung rechtlicher Fragen, z. B. beim Abschluss zivilrechtlicher Verträge. Weiterhin müsse ein Dienstleister als Serverbetreiber die qualifizierte Signatur gegenüber Dritten abgeben und damit „stellvertretend“ für seinen Kunden agieren. Innerhalb einer Arbeitsgruppe sollen rechtliche und technische Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden.

Auf dem Fachkongress des IT-Planungsrats im Mai 2015 in Mainz besteht die Möglichkeit, sich eingehend über das Projektvorhaben zu informieren. [REDACTED] verteilt zur Information einen USB-Stick, der unter anderem einen erklärenden Film enthält.

**Beschluss 2015/09**

Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht zum Projektvorhaben „Unterschrift unterwegs“ zur Kenntnis. Des Weiteren bittet er das Land Rheinland-Pfalz eine Vorlage zur Übernahme eines möglichen Steuerungsprojekts „Unterschrift unterwegs“ im Aktionsplan 2016 zu erarbeiten und vorzulegen.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

**Top 16**
**Kommunikationskonzept**

[REDACTED] informiert über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Kommunikationskonzept“. Sie verweist vor allem auf das vorgelegte „Design Manual“, die erfolgte Veröffentlichung eines ersten Newsletters sowie auf den geplanten Relaunch der Website des IT-Planungsrats. Im Design-Manual wird als feststehendes „Leitmotiv“ für öffentliche Auftritte des IT-Planungsrats der Leitsatz („Claim“) „Digitale Zukunft gestalten“ vorgeschlagen.

Zur inhaltlichen Gestaltung der geplanten Maßnahmen solle eine zentrale „Content“-Redaktion eingerichtet werden. Zunächst sei dies Aufgabe der für das Kommunikationskonzept verpflichteten Agentur. Im Rahmen der weiteren Umsetzung müsse entschieden werden, wie und durch wen diese Aufgabe mittel- und langfristig wahrgenommen werden könne und welche Mittel hierfür verwendet werden sollen.

**Beschluss 2015/11**

Der IT-Planungsrat beschließt das von der Arbeitsgruppe Kommunikationskonzept vorgelegte Corporate Design Manual.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

**Kategorie F:**
**Grüne Liste (Ohne Aussprache)**
**Top 5**
**Anschlussbedingungen Verbindungsnetz**
Protokollnotiz Thüringen:

Der Freistaat Thüringen geht davon aus, dass die Anschlussbedingungen Verbindungsnetz so zu verstehen sind, dass Datenströme mit hohem Schutzbedarf nur dann mittels der in Tz. 5.1 genannten Produkte zu verschlüsseln sind, wenn das Rechenzentrum aus mehreren Liegenschaften besteht, die nicht über ein eigenes Netz miteinander verbunden sind und hierüber genannte Daten mit hohem Schutzbedarf übertragen werden.

Hamburg hat sich dieser Protokollnotiz angeschlossen.

**Beschluss 2015/02**

1. Der IT-Planungsrat beschließt den vorgelegten Entwurf der Anschlussbedingungen mit verbindlicher Wirkung für Bund und Länder.
2. Die Anschlussbedingungen sind spätestens bis zum 31.12.2017 umzusetzen.

**Top 6 (a-c)**
**Weiterentwicklung des Verbindungsnetzes**
**zu TOP 6 b**
Protokollnotiz Hamburg:

Aus Sicht von Hamburg ist innerhalb eines länderübergreifenden sicheren Netzes (z.B. zwischen den Dataport-Trägerländern) die Nutzung des Verbindungsnetzes für eine Datenübermittlung nicht zwingend geboten.

**Beschluss 2015/03**

Angesichts der Verpflichtung, dass der Datenaustausch zwischen den Netzen des Bundes und denen der Länder nach § 3 IT-NetzG über das Verbindungsnetz erfolgt, beschließt der IT-Planungsrat für den Datenaustausch, an dem die Netze des Bundes nicht beteiligt sind, dass folgendes gelten soll:

- I. Nach Möglichkeit Sicherstellung der Nutzung des Verbindungsnetzes für den Datenaustausch durch Verwendung geeigneter Routingverfahren (ohne Anpassungen von Fachverfahren).
- II. Wo dies nicht möglich ist, Feststellung des Schutzbedarfs (Erhebung der betroffenen Fachverfahren). Bei hohem und sehr hohem Schutzbedarf sollte das Verbindungsnetz genutzt werden, falls nicht bereits alternative und ausreichend sichere Sicherheitstechniken eingesetzt werden (z.B. OSCI-Transport, Verwaltungs-PKI).
- III. Die für die betroffenen Fachverfahren Verantwortlichen werden gebeten, entsprechende Maßnahmen zeitnah einzuleiten und bis zur Umsetzung dieser Maßnahmen die Verfahren in der jetzigen Form weiterzuführen.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

**zu Top 6 c**

<b>Beschluss 2015/04</b>
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Der IT-Planungsrat bittet den Lenkungsausschuss Governikus, die in dessen vorgelegten Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen und nach erfolgter Umsetzung erneut zu berichten.</li> <li>2. Der IT-Planungsrat bittet den Bund als Federführer für das Deutsche Verwaltungsdienstverzeichnis - DVDV dafür Sorge zu tragen, dass im laufenden Betrieb des DVDV die Bereitstellung eindeutiger Adressangaben für die technische Erreichbarkeit in den jeweiligen Netzen dediziert dauerhaft möglich ist.</li> <li>3. In Bezug auf den sicheren Betrieb von OSCI-Infrastrukturen in der Justiz („Secure Access to Federated e-Justice / e-Government - SAFE“) bittet der IT-Planungsrat die Arbeitsgruppe „IT-Standards in der Justiz“ der Bund-Länder-Kommission für Informationstechnik in der Justiz als Projektleitung für SAFE entsprechend zu Ziff. 2. zu verfahren.</li> </ol>

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

<b>Top 11</b>	<b>Fortschreibung der Nationalen E-Government-Strategie (NEGS)</b>
---------------	--

<b>Beschluss 2015/07</b>
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Der IT-Planungsrat nimmt den Zwischenbericht zur Nationalen E-Government-Strategie zur Kenntnis.</li> <li>2. Er beauftragt die Kooperationsgruppe Strategie, die Nationale E-Government-Strategie wie im Bericht vorgeschlagen ohne zeitliche Befristung zu überarbeiten und zur 18. Sitzung zur Beschlussfassung vorzulegen.</li> </ol>

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

**Top 13**
**Öffentliche Aufträge in der Cloud**
**Beschluss 2015/08**

1. Der IT-Planungsrat nimmt das Ergebnis der Erhebung bei den Ländern und beim Bund zu Aktivitäten im Bereich des Cloud Computing zur Kenntnis.
2. Der IT-Planungsrat nimmt die „Handlungsempfehlung für die Ausschreibung, die Vergabe und den Betrieb von öffentlichen Aufträgen in der Cloud“ der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Landesrechenzentren zur Kenntnis. Er spricht sich dafür aus, bei der Nutzung von Cloud-Computing durch die öffentliche Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen abgestimmte Kriterien und Vorgehensweisen zu nutzen und bittet daher den Bund sowie die Länder Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern, zusammen mit weiteren Ländern hierzu Vorschläge zu erarbeiten.
3. Bis zum Beschluss solcher Kriterien und Vorgehensweisen bzw. Standards empfiehlt der IT-Planungsrat bei der Inanspruchnahme von Cloud-Dienstleistungen und Cloud Service Providern die Verwendung der in Ziff. 2. genannten Handlungsempfehlung einschließlich der Kriterientabelle.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

**Top 15**
**Anwendung „Behördennummer 115“**
**Beschluss 2015/10**

Der IT-Planungsrat stimmt der vom 115-Lenkungsausschuss bereits zur Kenntnis genommenen Finanzierungsplanung für 2017 bis 2020 zu. Die Finanzierung steht unter Haushaltsvorbehalt.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

**Top 17****Vorschlag zur Verwendung der Restmittel aus dem Jahr 2014****Beschluss 2015/12**

Der IT-Planungsrat beschließt, über die Planung zur Verwendung der Restmittel aus dem Jahr 2014 in seiner 17. Sitzung zu entscheiden.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

**Top 18****Geschäfts- und Mittelverwendungsbericht der Geschäftsstelle des IT-Planungsrats für 2014****Beschluss 2015/13**

Der IT-Planungsrat nimmt den Geschäftsbericht 2014 der Geschäftsstelle und den Bericht zum Abfluss der Mittel des IT-Planungsrats im Jahr 2014 (Mittelverwendungsbericht) zur Kenntnis.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

